

Hinweise auf die Reaktion der Bevölkerung auf das Neue Forum

Das oppositionelle Neue Forum prangerte in seinem Gründungsaufruf bestehende Missstände in der DDR an. Ein Stasi-Bericht belegt eindrucksvoll, dass diese Sichtweise im Land weit verbreitet war.

Am 9. September gründete sich das Neue Forum in Grünheide bei Berlin. Einen Tag später veröffentlichte die Gruppe einen Gründungsaufruf, in dem sie die gestörte Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft sowie eine Reihe konkreter Missstände in der DDR kritisierte. Einige Tage später beantragte das Neue Forum die Zulassung als Vereinigung, welche durch das Ministerium des Inneren (MdI) umgehend abgelehnt wurde. Als Begründung dafür verwies das MdI lediglich auf den angeblich verfassungsfeindlichen Charakter der Vereinigung, ohne sich mit konkreten Inhalten auseinanderzusetzen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich in der DDR-Gesellschaft ein genereller Wandel vollzogen. Spätestens im Oktober 1989 fanden die Forderungen des Neuen Forums allgemeine Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Als dieser Bericht entstand, gingen allein in Leipzig während einer Montagsdemonstration etwa 70.000 Menschen auf die Straße. Sie forderten unter anderem die Zulassung des Neuen Forums. Selbst unter den Stützen des Regimes machten sich zunehmend Zweifel breit.

Der vorliegende Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe an die Staats- und Parteiführung belegt dies eindrucksvoll. Er gibt darüber hinaus eine Übersicht über die Missstände in der DDR im Oktober 1989.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5351, Bl. 70-73

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 13.10.1989
und Informationsgruppe

Hinweise auf die Reaktion der Bevölkerung auf das Neue Forum

13. Oktober 1989

000070

HINWEISE

auf die Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der sogenannten Sammlungsbewegung "NEUES FORUM"

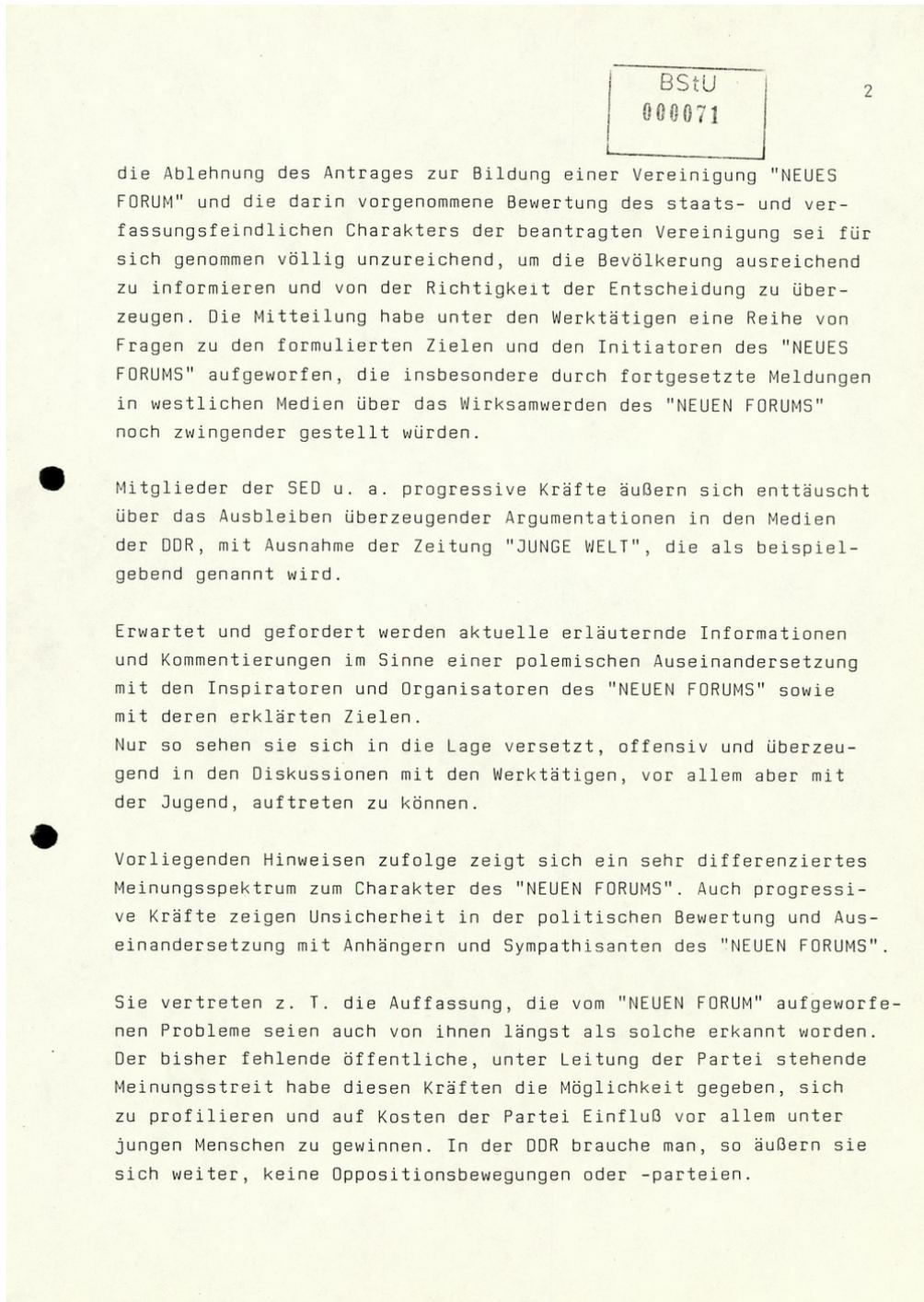
Vorliegenden Hinweisen aus allen Bezirken und der Hauptstadt der DDR, Berlin, zufolge nehmen Meinungsäußerungen in den verschiedensten Bevölkerungskreisen zur sogenannten Sammlungsbewegung "NEUES FORUM" vor allem unter dem Eindruck der jüngsten innenpolitischen Ereignisse breiten Raum ein.

In besonderem Maße treten damit Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Mitarbeiter zentraler und territorialer Staatsorgane, Studenten, Lehrkräfte an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur, kirchliche Amtsträger, Jugendliche sowie Angehörige bewaffneter Organe in Erscheinung.

Progressive Kräfte vertreten mehrheitlich den Standpunkt, daß die Maßnahmen des Staates zur Unterbindung von Aktivitäten zur Bildung von Vereinigungen antisozialistischen Charakters gerechtfertigt und notwendig sind. Sie vertreten vielfach die Auffassung, die Probleme der entstandenen komplizierten innenpolitischen Situation könnten nur durch die Partei der Arbeiterklasse in engem Zusammenwirken mit den befreundeten Parteien und den gesellschaftlichen Organisationen gelöst werden. Die Partei dürfe auch künftig nicht zulassen, daß feindliche, oppositionelle Kräfte die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, das Suchen nach Lösungswegen und die vorhandene Bereitschaft, im Sinne einer Lösung der Probleme an Veränderungen mitzuwirken und sich zu engagieren, ausnutzen, um sich zu etablieren und Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR zu gewinnen.

Häufig wird jedoch von diesem Personenkreis äußerst kritisch angemerkt, die lakonische Mitteilung des Ministers des Innern der DDR über

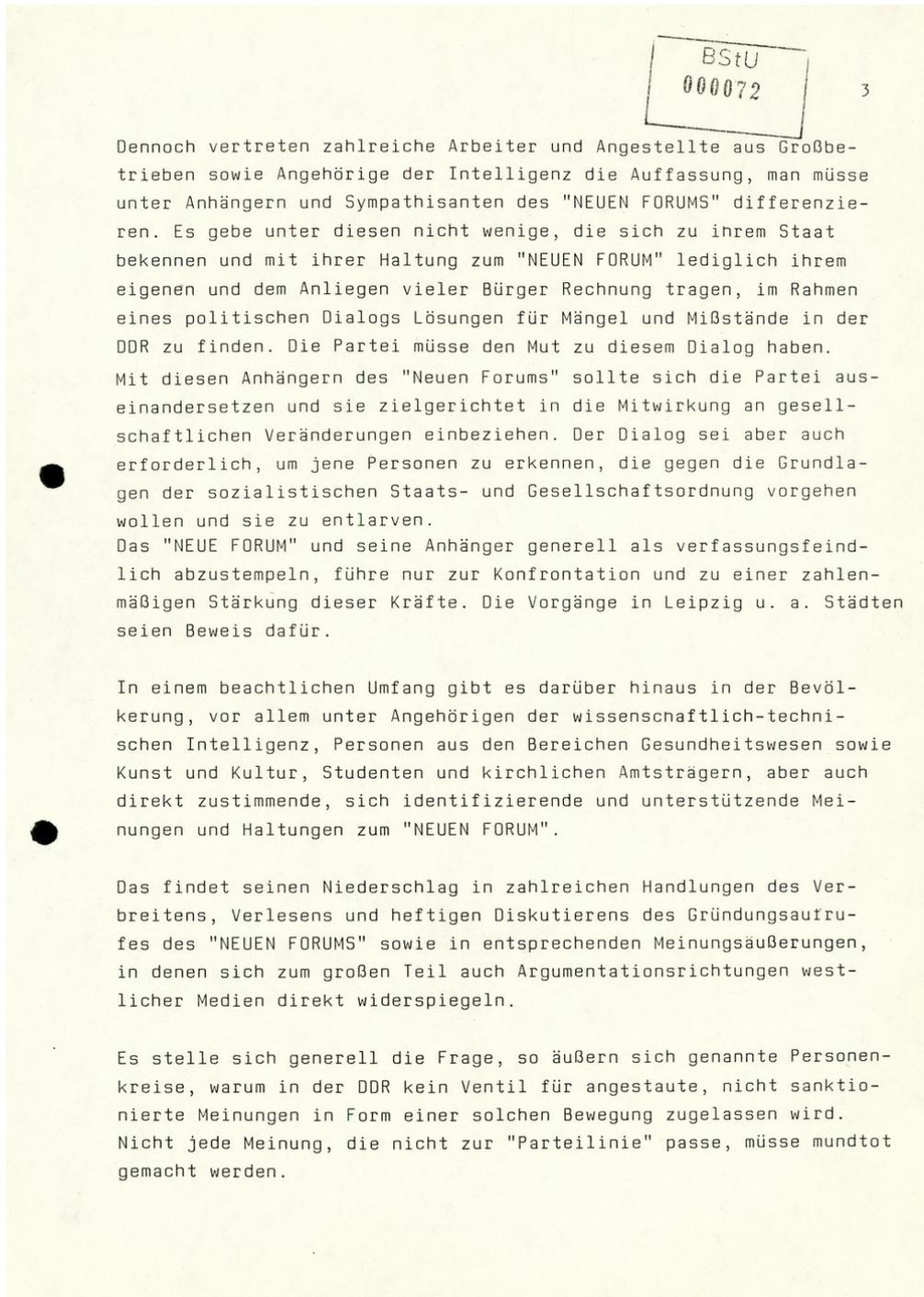
Hinweise auf die Reaktion der Bevölkerung auf das Neue Forum



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5351, BL 70-73

Blatt 71

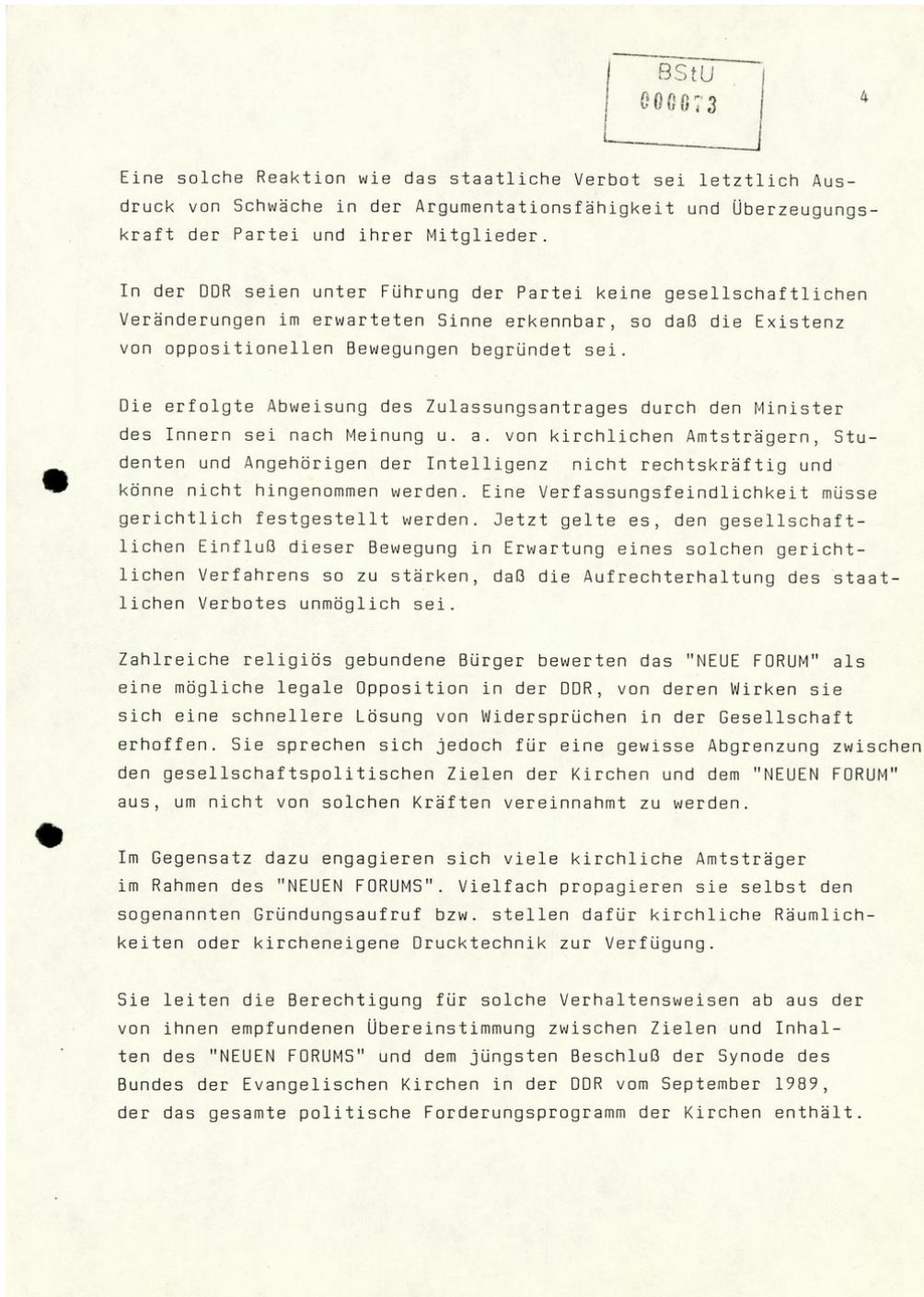
Hinweise auf die Reaktion der Bevölkerung auf das Neue Forum



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5351, Bl. 70-73

Blatt 72

Hinweise auf die Reaktion der Bevölkerung auf das Neue Forum



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5351, Bl. 70-73

Blatt 73